

OA-Update / 15, 17.11.2020

# Osteuropa



Die Länder in der Regionaldirektion sind mit dynamisch steigenden Infektionszahlen des Coronavirus konfrontiert und stehen vor der Aufgabe eine Balance zwischen ausreichendem Infektionsschutz und der Notwendigkeit, das wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten, zu finden.

In der Ukraine ist eine Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und dem Verfassungsgericht entbrannt. Es geht um die Funktionsfähigkeit und Rechtmäßigkeit der Institutionen zur Korruptionsbekämpfung. Dabei droht die Kooperation mit internationalen Gebern Schaden zu nehmen. In Belarus dauern die Proteste gegen Gewalt und Wahlfälschung weiter an und werden weiter mit Verhaftungen und Gewalt beantwortet. Der Staatsapparat versucht unterdessen die Kontrolle über die Gesellschaft und Wirtschaft zu verschärfen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sind auf Grundlage eines von Russland und der Türkei vermittelten Waffenstillstands beendet worden. Armenien verliert zahlreiche zuvor annektierte Gebiete an Aserbaidschan. Russland entsendet knapp 2.000 sogenannte Friedenstruppen in die Region Berg-Karabach.

Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der OA in seinem täglich aktualisierten Corona-Dossier. In einer gesonderten, wöchentlichen Übersicht informiert der OA außerdem über Fallzahlen und Infektionsdynamiken in der Region. Weitere Entwicklungen mit wirtschaftspolitischen Folgen für die fünf Länder sowie Veranstaltungsnachlesen und eine Vorausschau finden Sie in diesem Update.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

### Ukraine

Ende Oktober erklärte das **Verfassungsgericht** die öffentliche Einsehbarkeit von Einkommens- und Vermögensverhältnissen von Amts- und Mandatsträgern, die Einsetzung des Leiters des Nationalen Anti-Korruptionsbüros Artem Sytnyk, sowie die Strukturen des Fonds für die Sanierung und Bereinigung des ukrainischen Bankensektors für verfassungswidrig. Umgehend wies Präsident Selenskyi alle öffentlichen Einrichtungen an, dieses Urteil zu ignorieren. Seitdem wird in der Ukraine eine **intensive Debatte über die Verfassungsordnung** geführt. Kritiker des Gerichtsurteils werfen den Richtern vor, beeinflusst von Oligarchen das System der Korruptionsbekämpfung, das seit 2014/2015 entwickelt worden ist, zugunsten von Einzelinteressen zu zerstören. Andere Stimmen weisen auf die Unabhängigkeit des Gerichts hin und befürchten, dass Präsident Selenskyi ein ihm gewogenes Gericht einsetzen möchte. **Klare politische Mehrheiten für eine Lösung des Konflikts zeichnen sich jedoch zurzeit noch nicht ab.**

Klar ist, dass diese Gemengelage bereits jetzt zu Verzögerungen bei der Bereitstellung der nächsten Raten im Rahmen des aktuellen **Kreditprogramms des Internationalen Währungsfonds** führt. Mit einer Auszahlung der dringend benötigten Mittel ist für das Jahr 2020 wohl nicht mehr zu rechnen. Die Ukraine könnte vor diesem Hintergrund gezwungen sein, neue Eurobonds auszugeben. Gleichzeitig haben einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments die geltende Visafreiheit in Frage gestellt, sollte die Ukraine den Kurs der Korruptionsbekämpfung verlassen. Den Verlust des visafreien Reisens befürchten laut Umfragen knapp 60 Prozent der Befragten.

Für das **Wochenende 14./15. November 2020** wurde ursprünglich ein **landesweiter Lock-down** verhängt. Viele Bürgermeister weigerten sich jedoch, mit Verweis auf niedrige Infektionszahlen in Ihren Städten oder mit Verweis auf die dadurch ausgelösten ökonomischen Schwierigkeiten von Unternehmen, die Vorgaben umzusetzen. Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, dass in einigen Städten Stichwahlen im Zuge der Regionalwahlen stattfanden. Daher konnten die Maßnahmen nicht landesweit durchgesetzt werden.

Die **Weltbank wird 100 Million US-Dollar** für den **Wiederaufbau** von Straßen und die Förderung von Investitionen in Landwirtschaft und Kleinunternehmen **in der von der Regierung kontrollierten Hälfte der ostukrainischen Region Luhansk zur Verfügung stellen**. Am 13. November 2020 kündigte Arup Banerji, Regionaldirektor der Weltbank, ebenfalls an, dass weitere „Donbas-Kredite“ folgen werden. Gleichzeitig arbeitet die Regierung an einer Entwicklungsstrategie für den Donbas, die im Frühjahr 2021 im Parlament verabschiedet werden soll. Der Leiter des Präsidialbüros Andrii Yermak kündigt am 8. November 2020 an, dass es je **eine Freie Wirtschaftszone** in der **Donbas-Region sowie im Westen** des Landes geben soll.

Die ukrainische Regierung stellte eine **Nationale Wirtschaftsstrategie** vor, die **bis 2030** umgesetzt werden soll. Die Exploration von Bodenschätzen soll massiv entwickelt werden. Ebenso soll die Ressource Wasser (Energie, Nahrungsmittel, Transport) sowie die Nutzung von Agrarland deutlich stärker entwickelt werden. Im Bereich Holzwirtschaft soll verstärkt

eine Wertschöpfung im Land stattfinden. Erhöht werden soll auch der Beitrag der Tourismuswirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt von derzeit rund einem Prozent auf zehn Prozent im Jahr 2030. Dies schließt auch die Verdreifachung des Passagierverkehrs in der Luftfahrt ein.

Die **Staatliche Agentur für Waldressourcen der Ukraine und der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) werden zur Bekämpfung illegaler Aktivitäten im Bereich der Forstwirtschaft und des Holzhandels enger zusammenarbeiten.** Der Informationsaustausch und der Zugang von SBU-Mitarbeitern zum elektronischen Holzbuchhaltungssystem sowie zu Herkunftszertifikaten für Holz wird intensiviert.

Das ukrainische Ministerium für Umweltschutz und Ressourcen plant 2021 die **Einführung eines Systems zur Überwachung, Berichterstattung und Verifizierung von Treibhausgasemissionen.** Um perspektivisch ein Emissionshandelssystem etablieren zu können, solle zunächst ein System zur Überwachung der Berichterstattung und Verifizierung von Treibhausgasemissionen eingerichtet werden. Die Ukraine unternimmt damit regulatorische Schritte, um die **Verpflichtungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union zu erfüllen.** Die Einführung einer Umweltsteuer als Alternativoption wird nicht berücksichtigt.

## **Belarus**

In Belarus dauern die **Proteste gegen das offizielle Wahlergebnis** vom 9. August 2020 und gegen die gewaltsame Reaktion des Sicherheitsapparates an. In den vergangenen zwei Wochen nahmen Repressalien und Gewalt wieder zu. Dennoch scheint der Protest nicht an Breite zu verlieren. Eine schnelle politische Lösung des Konflikts zeichnet sich nicht ab.

Als Reaktion sind durch die Europäische Union aktuell **59 Belarussen** aus dem Staatsapparat **mit personenbezogenen Sanktionen** (Einreise- und Kontosperrungen) belegt, darunter auch Alexander Lukaschenko. Die große Mehrzahl sind Personen aus dem Sicherheitsapparat, aber auch einige Vertreter der zentralen Wahlkommission sowie einiger regionaler Wahlkommissionen.

Zum Beginn des Monats November ging das erste **belarussische Kernkraftwerk in Astrawets** ans Netz. Wenige Tage später, am 8. November 2020, wurde die Stromproduktion jedoch wieder eingestellt, offiziell wegen Wartungsarbeiten. Real waren aber wohl kleinere Explosionen bei Spannungswandlern für die schnelle Abschaltung verantwortlich. Das Kernkraftwerk in der Nähe der litauischen Grenze ist seit längerem Streitpunkt zwischen Belarus und Litauen. Die Strommengen sollten ursprünglich auch an EU-Länder verkauft werden. Aufgrund der aktuellen Lage schlossen dies die potenziellen Käufer jedoch aus. Die belarussischen Behörden und die russische Atomenergieagentur Rosatom nahmen unterdessen Gespräche über den Bau eines zweiten Kernkraftwerkes auf.

Die **Nationalbank von Belarus** konnte die **Währungsreserven stabil** halten. Nachdem die Reserven von August auf September 2020 durch Marktinterventionen stark sanken, erholten sich diese im November wieder leicht. Unter anderem konnten durch Eurobond-Emissionen Finanzmittel aktiviert werden. Nach einer deutlichen Abwertung des belarussischen Rubel im August **stabilisierte sich der Kurs** zum Euro und US-Dollar im Oktober und

November wieder. Hohe Zinsaufschläge am Interbankenmarkt (um 15 Prozent im Laufe des Novembers) sowie die Zunahme notleidender Kredite (im Jahresvergleich über 20 Prozent Zuwachs) verdeutlichen eine **fragile Lage im Finanzsektor** des Landes.

Der belarussische Premier Golowtschenko kritisierte, dass **internationale Finanzinstitutionen ihre Zusagen** mit Blick auf die Abfederung der Folgen der Corona-Krise **nicht eingehalten** hätten. Hintergrund ist, dass der **Internationale Währungsfonds** die ursprünglich für Belarus bereitgestellten Mittel in Höhe von **900 Millionen US-Dollar bisher nicht ausgezahlt** hat, da sich die Regierung in Minsk und der IWF nicht auf abgestimmte Anti-Corona-Maßnahmen einigen konnten.

Im Rahmen eines Treffens mit dem Vorsitzenden des Belarussischen Gewerkschaftsverbandes Michail Orda kündigte Alexander Lukaschenko an, dass bis Ende des laufenden Jahres die Frage der **Gründung von staatsnahen Gewerkschaftsstrukturen in sämtlichen Privatunternehmen** gelöst werden solle. Sollten private Unternehmen dieser Forderung nicht nachkommen, müssten **die betreffenden Firmen** ansonsten **mit der Liquidierung rechnen**. Aktuell existiert jedoch keine rechtliche Grundlage Privatunternehmen zu einem solchen Schritt zu zwingen. Ebenso wären zahlreiche verfahrensrechtliche Fragen und Fristenregelungen noch unklar, um die Forderung bis zum Jahresende umzusetzen und auch zu kontrollieren.

## Südkaucasus

Mit einem **Waffenstillstandsabkommen** endeten am 9. November 2020 die Kämpfe zwischen armenischen und aserbaidischen Kräften in der Region Berg-Karabach. Der Waffenstillstand kam wesentlich unter russischer Vermittlung zu Stande. Nach dem Abkommen erhält Aserbaidschan größere Territorien des Gebiets Berg-Karabach, sowie weitere Regionen zurück, die zuvor unter armenischer Kontrolle standen. Russland entsendet eine sogenannte Friedenstruppe mit einer Stärke von rund 2.000 Soldaten. Die Waffenstillstandsvereinbarung löste in Aserbaidschan Siegesfreude aus, wohingegen das Abkommen in Armenien als Niederlage gesehen wird. Kurz nach der Unterschrift durch Premier Nikol Pashinjan kam es zu **Protesten in der Hauptstadt Jerewan** und zu Rücktrittsforderungen an den Premier. Dieser entließ als Reaktion bisher Außenminister Mnatsakanjan und rief die Armenier auf, das Abkommen zu akzeptieren und friedlich zu bleiben. Währenddessen bereitet sich die Türkei darauf vor, ebenfalls Truppen nach Aserbaidschan zu entsenden mit dem Ziel, gemeinsam mit den russischen Kräften das Waffenstillstandsabkommen zu überwachen.

**Priorität der armenischen Regierung ist es nach der Niederlage die politische Stabilität im Land zu sichern.** Im Anschluss an die Unterzeichnung des Abkommens telefonierte der russische Premier Michail Mishustin und der armenische Premier Pashinjan, um über die künftige Kooperationsagenda beider Länder zu diskutieren.

Die **aserbaidschanische Wirtschaft** erzielte in den ersten neun Monaten 2020 einen Handelsüberschuss von 2,1 Milliarden US-Dollar. Der Export erreichte einen Wert von zehn Milliarden US-Dollar, während der Import 7,8 Milliarden US-Dollar erreichte. **Insgesamt sank der Außenhandelsumsatz** des Landes im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum

2019 um 28,2 Prozent. Davon ging der Import um 38,7 Prozent und der Export um zehn Prozent zurück. Die Top-5-Zielländer für Exporte sind Italien (29,5 Prozent), die Türkei (19,9 Prozent), Russland (4,7 Prozent), Griechenland (4,1 Prozent) sowie China mit vier Prozent.

Die **Trans Adriatic Pipeline (TAP)** hat am 16. November 2020 den **kommerziellen Betrieb aufgenommen**. Die TAP ist der europäische Abschnitt des südlichen Gaskorridors. Über diese Infrastruktur sollen jährlich zehn Milliarden Kubikmeter Gas aus Aserbaidschan in mehrere Märkte in Europa geliefert werden. Eine Verdopplung der Kapazitäten auf 20 Milliarden Kubikmeter ist möglich.

Am 31. Oktober 2020 waren die **Georgier** aufgerufen **ein neues Parlament** zu wählen. Die **Regierungspartei** „Georgischer Traum“ erhielt 48 Prozent der Stimmen und kann damit 61 Abgeordnete stellen. Sie verfügt damit über die **Mehrheit der Stimmen** im 120 Sitze zählenden Parlament. Zweitstärkste Kraft für die Partei „Europäisches Georgien“ mit 27 Prozent oder 34 Sitzen. Die anderen Parteien im Parlament liegen zwischen einem und knapp vier Prozent. Der politische Dialog zwischen der bisherigen Regierung der Partei „Georgischer Traum“ und den anderen Parteien hat kurz nach den Wahlen begonnen.

Die Wahlen fanden laut internationalen Beobachtern im Großen und Ganzen unter Beachtung der geltenden Gesetze statt. Jedoch wurde auch festgestellt, dass mutmaßlich staatliche Verwaltungsressourcen genutzt wurden, Wähler eingeschüchtert wurden, offenbar auch Stimmenkauf stattfand und nicht alle international anerkannten Standards bei der Stimmauszählung und Zusammenfassung angewendet wurden. Nach den Wahlen kam es in diesem Zusammenhang für einige Tage zu Protesten in der Hauptstadt Tiflis.

## Konjunktur

---

**Ukraine:** Im Jahresvergleich belief sich das **Außenhandelsvolumen der Ukraine** in den ersten zehn Monaten 2020 auf 82,7 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank damit das Volumen um neun Prozent oder rund acht Milliarden US-Dollar. Die Importe lagen bei 43,30 Milliarden US-Dollar (minus zwölf Prozent) und die Exporte lagen bei 39,6 Milliarden US-Dollar (minus fünf Prozent). 44 Prozent der Importe stammten aus der EU, 16 Prozent aus GUS-Ländern und 40 Prozent aus anderen Nationen. 38 Prozent der Exporte gingen in die EU, zwölf Prozent in GUS-Länder und 50 Prozent in andere Staaten.

Das staatliche Statistikamt teilte mit, dass zwischen Januar und September 2020 das **ukrainische Bruttoinlandsprodukt** (BIP) im Jahresvergleich um 5,5 Prozent zurückging. Im Vergleich zum Vorjahresquartal Q3 belief sich der Rückgang auf 3,6 Prozent. Gleichwohl erholte sich die Wirtschaft im dritten Quartal 2020. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2020 wuchs das BIP um 8,5 Prozent.

**Belarus:** Die belarussische **Industrieproduktion** hat sich im September wieder stabilisiert. Das BIP-Wachstum war auch im September weiterhin negativ (minus 1,3 Prozent). Die Einzelhandelsumsätze sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (September 2019) nur noch leicht positiv mit sinkenden Tendenzen. Der Trend zu sich verringern den **Reallöhnen** setzte sich auch im September 2020 fort. Die Exporte erholten sich hingegen im Vergleich zum Vormonat August, liegen aber noch deutlich unter den Vorjahreswerten. Der weltweite Ölpreisverfall durch die Corona-Krise aber auch die Schwierigkeiten bei den russisch-belarussischen Lieferbeziehungen führten wesentlich zu stark gesunkenen Einnahmen (Zum Vergleich: Jan-Aug 2019: ca. 4,5 Milliarden US-Dollar, Jan-Aug 2020: ca. 1,3 Milliarden US-Dollar). Auch der wichtige Export von Kali ging mit einem Minus von rund 25 Prozent signifikant zurück.

**Georgien:** Die aktuelle Prognose des Internationalen Währungsfonds sieht einen **BIP-Rückgang** für 2020 um fünf Prozent, bei einer Erholung im Jahr 2021 um 4,3 Prozent. Stieg der Export im September 2020 im Vorjahresvergleich noch um 8,6 Prozent, schrumpfte er um 2,2 Prozent im Oktober 2020. Die Importzahlen lagen im September 2020 um neun Prozent unter den Vorjahreszahlen. Im Oktober ging das Importvolumen im Jahresvergleich sogar um 23,5 Prozent zurück. Die Zahl der Tourismusreisen ins Land sank im Jahresvergleich im September um 92,5 Prozent, im Oktober 2020 um 93,6 Prozent.

## Projekte

---

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale Ausschreibungen für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

## Kommende Veranstaltungen

---

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Weiterhin sind auch wieder erste Präsenzveranstaltungen in Planung.

- **18. November 2020: Deutsch-Ukrainischer Experten-Roundtable** zum Thema Cybersicherheit und Netze (online) – **NUR AUF EINLADUNG**
- **24. November 2020: [Pushing Eastern Europe Forward](#)**, online
- **26. November 2020: Unternehmensdialog mit Vertretern des ukrainischen Parlaments** zum Thema Investitionsschutz (online) – **NUR AUF EINLADUNG**
- **3. Dezember 2020: [Minsk Forum XVIII](#)** (inklusive Wirtschaftspanel), online
- **8./9. Dezember 2020:** Beginn einer **Webinar-Reihe zum ukrainischen Energiemarkt** - öffentlich
- **9. Dezember 2020: Deutsch-Ukrainische High-Level-Group**, online – **GESCHLOSSENE VERANSTALTUNG**
- **14.-17. Dezember 2020: „[Eastern Partnership Business Days](#)“** im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, online

## Tipps & Links

---

Das **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)** veröffentlichte am 12. November 2020 die Herbstprognose für die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unter dem Titel „No quick recovery in sight, coronavirus risks looming large“:

<https://wiiw.ac.at/no-quick-recovery-in-sight-coronavirus-risks-looming-large-n-467.html>

Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA mit Blick auf das Corona-Virus erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf-Datei auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.ost-ausschuss.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien: <https://www.german-economic-team.com>

Die **Länderanalysen**, angesiedelt an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen haben für Belarus und die Ukraine aktuelle Ausgaben publiziert: <https://www.laender-analysen.de/>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:  
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan  
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus  
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien  
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine  
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#) auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).



## Kontakt

---

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



**Stefan Kägebein**

Regionaldirektor Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: [S.Kaegelbein@bdi.eu](mailto:S.Kaegelbein@bdi.eu)



**Sarah Guhde**

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: [S.Guhde@bdi.eu](mailto:S.Guhde@bdi.eu)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)